

LESEPROBE EDITION AURORA VERLAG



ERDOGANS TÜRKEI

Ein Land zwischen
Repression und Widerstand



Teil II: Der Aufstieg Erdogans

Die AKP und das »Anatolische Kapital«

(Doğan Tarkan, Juni 2013)

Die konservative AKP regiert in Ankara seit zehn Jahren. Von Anfang an wurde sie von den alten Eliten bekämpft und von den neuen Profiteuren des türkischen Booms gestützt. Eine kurze Einführung in die politische Ökonomie des Landes am Bosphorus.

In einem Land wie Deutschland, in dem sich eine Partei 16 Jahre an der Macht halten konnte, erscheint ein zehnjähriges Regierungsjubiläum nicht sonderlich bemerkenswert. In einem Land wie der Türkei ist es aber doch erstaunlich – zumindest, wenn die Partei, um die es geht, der Staatsideologie fundamental entgegensteht.

Der türkische Staat ist seit seiner Gründung im Jahr 1923 eng mit einer Person, nämlich Mustafa Kemal Atatürk, und seiner Republikanischen Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi, kurz CHP) verbunden. Achtzig Jahre lang waren die CHP und die Staatsideologie des Kemalismus hegemonial. Erst der politische Siegeszug der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (Adalet ve Kalkınma Partisi, kurz: AKP) nach der Regierungsübernahme im Jahr 2002 setzte dem mit ihrer Ausrichtung auf die Religion und eine starke wirtschaftliche Position im Nahen Osten etwas entgegen.

Auch schon vor den Protesten auf dem Taksim-Platz stieß die im Jahr 2001 gegründete AKP immer wieder auf Widerstand innerhalb der Türkei. Aber auch das westliche Ausland blickte meistens kritisch auf Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und seine Partei.

Die AKP und die neue Türkei

Die Erfolgsgeschichte der AKP kann nicht von den strukturellen Veränderungen losgelöst betrachtet werden, die in der Türkei in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben. So ist die Entstehung der Partei eng verknüpft mit dem Aufkommen einer neuen, religiös-bürgerlichen Schicht und dem Entstehen einer intellektuellen Klasse, die sich außerhalb der staatlichen Kontrolle befindet.

Nach dem Unabhängigkeitskrieg der Jahre 1919 bis 1923 konnte sich in der jungen türkischen Republik durch wechselseitige ökonomische Abhängigkeiten und gemeinsame politische Interessen ein stabiles Bündnis aus traditionellen Großgrundbesitzern, der neuen Kleinbourgeoisie, Handwerkern und Kaufleuten sowie eine in ihrem Interesse arbeitende Bürokratenschicht entwickeln. Diesen »hegemonialen Block« führte Mustafa Kemal CHP an und die Armee sicherte ihn ab.

Aus Interesse an einer raschen nachholenden Industrialisierung wurde ein Entwicklungsmodell etabliert, das dem Staat wichtige Funktionen im Bereich der Kapitalkonzentration und der Investition übertrug. Die CHP war zunächst in der Lage, bedeutsame Reformen in Kultur und Bildung durchzuführen. So konnte sie ihre Hegemonie ausbauen.

Alle zehn Jahre ein Putsch

Zweimal putschte nach dem Zweiten Weltkrieg das Militär, 1960 und 1970, um die Vormachtstellung der CHP zu sichern und die Macht des Staatsapparats und der zivil-militärischen Bürokratie auszubauen. Diese Verbindung von Staatsaufbau und nationalistischer Ideologie wird auch als »Kemalismus« bezeichnet.

Bis zum Ende der 1970er Jahre regulierte der Staat die industriellen Beziehungen in der westtürkischen Großindustrie. Doch ökonomische Entwicklungen brachten bald neue Fraktionen des Bürgertums hervor, welche die CHP

außer Acht ließ oder nicht in ihren »hegemonialen Block« integrieren konnte. So setzten sich zunächst zwischen 1950 und 1960 aufsteigende Agrarkapitalisten immer stärker für ein marktliberales Regime ein, während sich seit Ende der 1960er Jahre vor allem ein aufsteigendes industrielles Bürgertum gegen das Entwicklungsmodell der CHP stellte.

Den Wendepunkt von einer import-substituierenden Wirtschaftspolitik hin zu einer marktliberalen Politik leitete letztlich aber erst 1980 ein erneuter Militärputsch ein. Mithilfe der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) trieb die Regierung als Reaktion auf die internationale Wirtschaftskrise Prozesse der Marktöffnung und Privatisierung voran. Diese ließen ein neues Bürgertum entstehen, das in den folgenden Jahren an Selbstbewusstsein gewann. So profitierten vor allem klein- und mittelständische Unternehmer aus dem (zentral-)anatolischen Teil des Landes von der vorangetriebenen Marktöffnung.

Parallel zur Erstarkung dieses »anatolischen Kapitals« entwickelte sich eine religiös geprägte akademische Schicht. Diese trieb unter anderem eine Neuformulierung des Kemalismus sowie die Finanzierung von »alternativen« religiös-konservativen Institutionen in den Medien, der Bildung und Kultur voran. Abseits der wirtschaftlichen und kulturellen Hegemonie des türkischen Staates entstanden also zwei religiös geprägte Gruppierungen, die ihren Einfluss in der Gesellschaft über Jahre hinweg ausbauen konnten. Politischen Ausdruck fand diese Entwicklung im Wahlsieg der AKP im Jahr 2002.

Neoliberalismus statt Militär

Seit dem Regierungsantritt der AKP waren zwei Entwicklungen zentral: zum einen die Eindämmung des militärischen Einflusses und des »tiefen« Staats, zum anderen das Voranbringen eines neoliberalen Wirtschaftssystems. Vor allem ging die Partei gegen die »Bevormundung« des Parlaments durch die Armee vor.

So konnte Ministerpräsident Erdoğan zunächst seinen gewählten Posten nicht antreten, da er während einer Rede ein Gedicht vorgetragen hatte, durch das sich das Militär angegriffen fühlte. Daraufhin musste er für einige Wochen ins Gefängnis. Auch als die AKP einen Staatspräsidenten aus den eigenen Reihen wählen wollte, empörte sich der »tiefe« Staat und das Verfassungsgericht erklärte die Parlamentsabstimmung zur Bestätigung der Wahl für ungültig. Die

Staatsanwaltschaft erhob daraufhin Klage und beantragte die Auflösung der AKP.

Doch deckte die AKP während dieses Verfahrens auf, dass das Militär bereits Pläne für einen Putsch geschmiedet hatte. Nach und nach wurden bewaffnete Vorbereitungen der sogenannten »Ergenekon«-Struktur sowie Putschpläne seitens hochrangiger Generäle bekannt. Die AKP ließ daraufhin eine große Zahl von Generälen, hochrangigen Offizieren und deren zivilen Helfern festnehmen und vor Gericht stellen. Erst vor kurzem wurden mehr als 150 Generäle und Offiziere zu langen Haftstrafen verurteilt.

Es wurde publik, dass die Putschisten unter anderem planten, Moscheen zu bombardieren, einen Krieg gegen Griechenland anzuzetteln und allein in Istanbul 100.000 Oppositionelle festzunehmen. Darüber hinaus planten sie Attentate auf nicht-muslimische Minderheiten, einige konnten sie sogar in die Tat umsetzen. So wurden der armenische Journalist Hrant Dink, ein katholischer Priester in Trabzon und ein protestantischer Missionar in Malatya getötet.

Islam als Vorwand

Mit diesen Aktionen wollte das Militär der Bevölkerung die Islam-Politik der AKP verdeutlichen und Stimmung gegen die religiöse Ausrichtung der Regierungspartei machen. Obwohl der Großteil der Pläne nicht realisiert werden konnte, fanden seit Regierungsantritt der AKP immer wieder Massenveranstaltungen statt, die das Militär aufforderten, »seiner Pflicht« nachzukommen – sprich: die AKP zu stürzen und den Kemalismus zu bewahren.

Die Gegner der AKP stellen die Kategorie »Religion« stets dem Säkularismus innerhalb der staatlichen Bürokratie, der Streitkräfte und der oppositionellen CHP gegenüber. Zudem stellen sie sie als Antagonismus zur kemalistischen Identität der Türkei dar.

Die CHP distanzierte sich nie von den Putschplänen. Im Gegenteil: Zusammen mit den rechten Parteien stellte sie sich – zum Teil sogar öffentlich – hinter die Pläne des Militärs. Aber auch viele linke Gruppierungen unterstützen die nationalistische Linie. Nur einige kleinere Gruppen von Sozialisten (darunter auch meine Organisation, die DSIP) beteiligten sich aktiv am Kampf gegen die militärische Bevormundung und gegen den Putsch.

Die an der AKP geäußerte Kritik, dass sie eine »religiöse« Partei sei oder gar die »Islamisierung« der Türkei vorantreibe, geht am Kern der Sache vorbei. Zwar bilden gläubige Muslime die Basis der Partei, aber die Gründung eines islamischen Staats ist nicht das politische Ziel der AKP. Die Beziehung zur Religion ist bei den Mitgliedern vergleichbar der Haltung von CDU-Anhängern in Deutschland: Sie steht vor allem für eine Rückbesinnung auf konservative Werte.

Kurs auf Privatisierungen

Wenn Kritiker ihr vorrangiges Augenmerk auf die Religion legen, blenden sie dabei völlig aus, dass die AKP die türkische Partei ist, die die gnadenloseste neoliberale Politik durchführt und unverständlicherweise dadurch bisher die meisten Wähler gewann. Beispielsweise hat Erdoğan zahlreiche »Reformen« im öffentlichen Sektor durchgeführt, sprich: Privatisierungen in den Bereichen Bildung, Erziehung, Gesundheit, Kommunikation und Straßenbau. Zudem hat die Regierung das private Eisenbahnnetz massiv ausgebaut.

Nachdem die Türkei zwischen den Jahren 2000 und 2002 in eine Wirtschaftskrise gestürzt war, führte diese Politik zu einem schnellen Aufschwung, einer wachsenden Wirtschaft, zu Stabilität und vermehrten Investitionen. Damit konnte die AKP bei großen Teilen der Bevölkerung punkten. Selbst von der gegenwärtigen Finanzkrise ist die Türkei bisher nicht ernsthaft beeinträchtigt worden. Obwohl das Wirtschaftswachstum etwas gesunken ist, liegt es im europäischen Vergleich noch relativ hoch. Gleichzeitig sank während der Regierungszeit der AKP die Inflationsrate ständig.

Der Großteil der Bevölkerung, der während der 1990er Jahre noch eine gewaltige Inflation durchleben musste, war mit der stabilen Wirtschaft und der niedrigen Inflation sehr zufrieden. Die AKP wurde bisher nie ernsthaft für ihre neoliberale Politik kritisiert – gerade auch deswegen nicht, weil das Land ohnehin nie über einen wirklichen Sozialstaat verfügte. Insofern begrüßten viele die Privatisierungsmaßnahmen. Patienten, die früher stundenlang vor den staatlichen Krankenhäusern Schlange stehen mussten, hatten nun die Möglichkeit, sich gegen ein geringes Entgelt in privaten Kliniken behandeln zu lassen. Doch langsam werden die Auswirkungen der »Reformen« deutlich: Die zunächst recht geringen Behandlungskosten in den Privatkliniken steigen gegenwärtig extrem schnell.

Ernüchternde Bilanz der AKP

Im Großen und Ganzen ist die Bilanz von zehn Jahren AKP-Regierung mehr als ernüchternd. Die rigorosen Privatisierungen gingen einher mit dem Abbau des schwachen türkischen Sozialstaats. Der im AKP-Programm zentrale Begriff der »Demokratisierung« wird durch die brutale Unterdrückung der Proteste auf dem Taksim-Platz ad absurdum geführt. Der Zypernkonflikt dauert an und der EU-Beitritt ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Dabei gaben die meisten AKP-Wähler im Jahr 2002 an, die Partei aufgrund der versprochenen Demokratisierungsprozesse unterstützen zu wollen.

Auch in der wichtigen Kurdenfrage stehen wirkliche Veränderungen noch aus. Vor allem seit den Prozessen gegen die Putschisten hatte die AKP angekündigt, große Schritte in Richtung Frieden gehen zu wollen und eine Lösung der Kurdenfrage zu finden. Doch die Lösungsansätze laufen keineswegs linear: Nach jedem Schritt vorwärts ging die Partei wieder einen Schritt zurück. Dem harten Vorgehen gegen die PKK folgt die Bereitschaft zum Dialog und umgekehrt.

Eine starke Opposition gegen die AKP ist möglich – allerdings nur, wenn sie gegen jede Form von neoliberaler Politik vorgeht und das Prinzip der Freiheit verteidigt. In der Türkei bedeutet das vor allem die kurdischen Bewegungen und ihren politischen Organe, also die legalen Parteien BDP und DTP, bedingungslos, aber (mit Blick auf die PKK) durchaus kritisch zu unterstützen. Freiheit und Gleichheit können nur mit Hilfe der Arbeiterklasse gewonnen werden. Deshalb müssen die sozialistischen Kräfte in der Türkei, die sich gegen Nationalismus und eine kurdenfeindliche Politik aussprechen, eine politische Alternative zur AKP anbieten. Nur so kann die Regierung Erdoğan wirklich erschüttert werden.

Erdoğan's AKP und das Gülen-Netzwerk

(Jürgen Eblers, Mai 2017)

Die Türkei unter Erdoğan galt jahrelang als Vorbild für einen modernen islamischen Staat mit stabilen politischen Verhältnissen und einer boomenden Wirtschaft. Das ist seit dem Putschversuch im Sommer 2016 vorbei. Ein genauer Blick auf die politische Entwicklung der letzten Jahre in der Türkei zeigt, dass dieses Bild noch nie gestimmt hat.

Mit den Worten, es hätte sich um eine »Gunst Allahs« gehandelt, hat der türkische Staatspräsident, Recep Tayyip Erdoğan, die politische Situation wenige Stunden nach dem gescheiterten Putsch im Sommer 2016 gegenüber seinen Anhängern charakterisiert. Ganz so, als hätte er nur auf einen für ihn günstigen Zeitpunkt gewartet, um einen seit langem gehegten Plan problemlos umsetzen zu können. Nur wenige Stunden nach dem Putschversuch begann eine Säuberungswelle, die offensichtlich anhand von bereits existierenden Namenslisten gut vorbereitet war und bei deren Umsetzung sich Erdoğan auf einen eingespielten, ihm loyal ergebenden Staatsapparat verlassen konnte. Binnen weniger Tage verloren Zehntausende Richter, Staatsanwälte, Armee- und Polizeioffiziere, hochrangige Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung sowie zahllose Lehrer und Journalisten ihre gesellschaftliche Stellung und ihr Einkommen, insgesamt sind seit dem Putsch bis heute 130.000 Beamte entlassen und 45.000 Menschen ins Gefängnis geworfen worden.

Außerdem sind seit dem Putsch rund 250 Unternehmen im Wert von 13 Milliarden Dollar, deren Besitzer teilweise früher die AKP unterstützt haben, enteignet oder unter staatliche Treuhänderschaft gestellt worden, berichtete die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«.¹ Damit ist der zuständige Regierungsfonds TMSS der größte Konzern in der Türkei, noch vor den bisher führenden Industriekomplexen der Familien Koc und Sabanci.

Nach Auffassung Erdoğan's sind sie alle Verschwörer, die zum Netzwerk des Predigers Fethullah Gülen gehören und die in seinem Auftrag den Putschver-

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.11.2016

such gegen ihn unternommen hätten. Beweise für diese Behauptung sind bisher keine vorgelegt worden. Der türkische Geheimdienst MIT ist sogar in Deutschland aktiv, um Denunzianten unter den 3 Millionen türkischen Arbeitsemigranten zu gewinnen, und hat außerdem versucht, den Bundesnachrichtendienst für sich einzuspannen.

Erdoğan fordert von der Regierung in Washington die Auslieferung von Gülen, der seit 1999 in den USA im Exil lebt. Dessen Netzwerk gilt in der Türkei inzwischen offiziell als »Terrororganisation« so wie die PKK auch. Sind diese Vorwürfe berechtigt, war Gülen der Drahtzieher hinter dem Putsch – oder sind das ungerechtfertigte Behauptungen, um Erdoğan einen Vorwand zu liefern, seine Machtbefugnisse auszuweiten und die Opposition im Land zu schwächen?

Gülen-Bewegung

Die »Berliner Zeitung«² berichtete kurz nach dem Putschversuch über das sogenannte Gülen-Netzwerk in Deutschland, nachdem es zu ersten Übergriffen von Anhängern Erdoğan auf dessen Einrichtungen gekommen war. In Deutschland leben nach Angaben des Geschäftsführers der Gülen-Stiftung, Ercan Karakoyun, etwa 150.000 Anhänger dieser Bewegung, deren Stiftung 30 Schulen, 160 Nachhilfevereine und ein Dutzend Zentren hier betreibt, die sich nach eigenen Angaben »für den interreligiösen Dialog« einsetzen. Weltweit ist das Gülen-Netzwerk in 140 Ländern vertreten und betreibt in 100 Ländern etwa 1000 Schulen. Gülen hat mit dem Aufbau seiner Organisation in den 1970er Jahren als einflussreicher Prediger zunächst in der Türkei begonnen. Vor der Säuberungswelle gehörten zahlreiche Unternehmer, und Institutionen, Privatschulen und Universitäten, Radio- und Fernsehsender, Verlage und Tageszeitungen in der Türkei zur Gülen-Bewegung. »Die Finanzierung all dieser Aktivitäten obliegt türkischen Unternehmen, oft anatolischer Herkunft, die sich in der Türkei unter dem Namen TUKSON eine Dachorganisation gegeben haben.«³ Ihr Motiv zur aktiven Unterstützung der Gülen-Bewegung

² Berliner Zeitung, 19.07.2016

³ Günter Seufert, Überdehnt sich die Bewegung von Fethullah Gülen?, in SWP-Studie - Hrsg.: Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2013, Seite 6

erklärt sich aus dem Wunsch, in einer seit Atatürk vom Säkularismus der Kemalisten geprägten Gesellschaft eine konservative, dem Islam verpflichtete Elite auszubilden und so zum Aufbau einer neuen Gesellschaft beizutragen. Dieses Anliegen, konservativen Werten und der Religion in der türkischen Gesellschaft einen höheren Stellenwert einzuräumen, ist einmal die gemeinsame Basis von Gülen und Erdoğan gewesen.

Was eine konservative, dem Islam verpflichtete Gesellschaft genau zu bedeuten hat, bleibt bei Gülen unscharf. Die Äußerungen zu seinen konkreten Zielen sind manchmal widersprüchlich, oft unklar und lassen so große Interpretationsspielräume zu. Das hat zu vollkommen gegensätzlichen Sichtweisen über den Charakter seines Netzwerkes geführt. Für die einen ist es der Beweis, dass es einen modernen Islam gibt, deren Vertreter man unterstützen muss. Für die anderen ist Gülen ein neuer Khomeini, der einen autoritären Gottesstaat nach dem Vorbild des Irans errichten will.

Fest steht, dass für Gülen die Auslegung des Korans das Maß aller Dinge ist, an dem sich sowohl wissenschaftliche Erkenntnisse als auch die Ergebnisse demokratischer Entscheidungsprozesse und individuelle Lebensplanungen messen lassen müssen. Während er auf der einen Seite in einem Interview mit der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«⁴ 2012 dafür wirbt, dass Frauen nahezu alle Rollen in einer Gesellschaft übernehmen können und auch Richter und Staatsoberhaupt sein können, macht er gleichzeitig die Einschränkung, dass dabei ihre Natur und religiöse Empfindlichkeiten zu beachten sind. Was genau diese religiösen Empfindlichkeiten ausmacht und wann sie durch die Karriereziele einer Frau verletzt werden, legt dann natürlich im Zweifelsfall der zuständige Imam fest.

Im Unterschied zu beispielsweise Khomeini ruft Gülen nicht mit Verweis auf den imperialistischen Westen zum Kampf gegen alle Ungläubigen auf. Stattdessen betont er die aus seiner Sicht großen Gemeinsamkeiten aller Weltreligionen: »Das Ziel eines Dialogs der Weltreligionen ist aber nicht nur die materialistische Denk- und Lebensweise zu verurteilen. Nein, dieser Dialog ist fest im Wesen der Religionen verankert, Judentum, Christentum, Islam und [...] und andere Religionsgemeinschaften berufen sich auf viele gemeinsame Werte und verfolgen alle das gleiche Ziel. [...] Die Religionen sind Glaubens-

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.12.2012

systeme, die alle Rassen und Glaubensrichtlinien umfassen. Sie sind Straßen, die die Menschen zusammenführen.«⁵

Derartige Äußerungen Gülens haben 2004 u.a. einen Journalist der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« dazu bewogen, mit folgenden Worten für ein auf Deutsch erschienenes Buch von Gülen zu werben: »Fethullah Gülen ist ein Mann des Dialogs. Es ist eine Stimme der Vernunft, die Gewicht hat. Sie sollte über die Türkei hinaus auch bei jenen Gehör finden, die Brücken des Dialogs suchen und nicht den Abgrund des Terrors.«⁶

Von dem Ziel einer konservativen, dem Islam verpflichteten Gesellschaft geht noch keine Gefahr für eine bürgerliche Demokratie aus, solange Gülen, ähnlich wie die Vertreter der katholischen Kirche die Bibel, zwar den Koran hochhält, aber mit seinen Anhängern nicht nach der Macht strebt, um die politischen Verhältnisse in Richtung eines Gottesstaats zu verändern. Für die Berliner »Tageszeitung« ist aber genau das das erklärte Ziel: »Die Gülen-Bewegung strebt einen islamischen Staat an – demokratisch, tolerant oder säkular sind ihre Ziele keineswegs.«⁷ Die angeführten Beweise für ein solches Ziel sind nicht neu und überzeugen nicht. Sie konzentrieren sich auf Publikationen, die belegen, dass Anhänger der Gülen-Bewegung im Polizeidienst und als Richter und Staatsanwälte bis 2016 im türkischen Staatsapparat Karriere gemacht haben – das ist aber längst bekannt. Dabei waren sie aber nicht nur stets loyale Staatsdiener aller Regierungschefs, sondern haben dabei auch die gleichen perfiden Methoden wie fingierte Beweise, Rufmord, Psychoterror und physische Gewalt angewendet, genauso wie ihre kemalistischen Vorgänger und Kollegen. Das beweist vor allem eins, der Eintritt in den Staatsdienst mit seiner strengen Hierarchie und seinem Korpsgeist hat die Schüler Gülens viel stärker verändert, als sie den Staatsapparat verändert haben.

Gülen selbst hat keine eigenen unmittelbaren politischen Ambitionen, um gesellschaftliche Veränderungen zu erwirken, er setzt auf eine kontinuierliche Entwicklung vor allem auf der Basis von Bildung. Seine politische Sicht auf die Welt wird vor allem durch einen strammen Antikommunismus geprägt

⁵ Schweizer, Türkei verstehen, Hamburg 2016, Seite 401

⁶ Zitiert nach: Gerhard Schweizer, Türkei verstehen, Hamburg 2016, Seite 400

⁷ Die Tageszeitung, 02.08.2016

Die Medien zeichnen ein düsteres Bild: Die Türkei befindet sich auf dem Weg von einer säkularen Republik in eine islamistische Diktatur. Sie tun so, als ob die kemalistische Türkei vor Erdoğan eine Demokratie war. Doch die Macht lag in den Händen der Militärs, die Gefängnisse waren mit politischen Gefangenen überfüllt und Polizeifolter an der Tagesordnung.

Wie lässt sich die Entwicklung in der Türkei erklären? Befindet sie sich tatsächlich auf dem Weg in eine islamistische Diktatur? Dem schließen sich weitere Fragen an: Welches waren die Bedingungen für Erdoğan's Aufstieg? Welche Rolle spielte hierbei der Islam und in welchem Verhältnis steht er zum Kemalismus? Was hat es mit der Gülen-Bewegung auf sich, mit der Erdoğan sich einst seine Macht sicherte? Wer stand hinter dem gescheiterten Militärputsch und was bezweckt Erdoğan mit der Einführung des Präsidialsystems?

Die vorliegende Textsammlung umfasst Artikel unterschiedlicher Autoren, die diesen Fragen aus verschiedenen Perspektiven nachgehen.

LESEPROBE EDITION AURORA VERLAG

a
aurora

ISBN 978-3-947240-05-0 | 6,50 Euro